




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 14. Juni 2005

Rossmann will Klarheit über finanzielle Entlastung der Kommunen durch Hartz IV

Mit der Hartz-IV-Reform über die Neufinanzierung der Kosten zum Lebensunterhalt, die von SPD und CDU in Bundestag und Bundesrat gemeinsam beschlossen worden ist, war auch die Gesamtentlastung der Kommunen in Deutschland um 2,5 Milliarden Euro vereinbart worden. Dieser Betrag ist im Sozialgesetzbuch II gesetzlich festgeschrieben und soll in seiner Wirksamkeit zum Oktober 2005 in einer ebenfalls gesetzlich festgeschriebenen Revision einer Überprüfung unterzogen werden.

Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann hat diesen Gesetzesbeschluss und die aktuelle Diskussion im Kreis Pinneberg über die Erhöhung der Kreisumlage jetzt zum Anlass genommen, Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner um Aufklärung über die entstehenden Finanzströme und die

Entlastungswirkung in den einzelnen Kreisen in Schleswig-Holstein zu bitten. Noch im Oktober des vergangenen Jahres hatte die damalige Landesregierung auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Peter Lehnert eine Gesamtentlastung der Kommunen in Schleswig-Holstein durch Hartz IV von 140 Millionen Euro ermittelt. In einem Schreiben an den Innenminister hat der SPD-Bundestagsabgeordnete jetzt um eine Fortschreibung der Zahlen aus dem Oktober 2004 gebeten. Rossmann: „Jetzt muss klar auf den Tisch, welche Entlastungswirkung für Schleswig-Holstein und den Kreis Pinneberg durch die Arbeitsmarktreform aktuell entstehen wird und wann es zu einer Spitzabrechnung der realen Mittelflüsse kommt.“

Mit seiner Anfrage an den Innenminister will der Kreis Pinneberger Abgeordnete auch für Klärung in einem aufkommenden Streit zwischen dem Landrat und der CDU-Mehrheitsfraktion im Kreis sowie den städtischen Bürgermeistern im Kreis Pinneberg und der schleswig-holsteinischen FDP sorgen. Deren kommunalpolitischer Sprecher Günther Hildebrand, Landtagsabgeordneter aus Ellerbek, hatte den Verantwortlichen im Kreis kürzlich vorgeworfen, sich von der vom Bund versprochenen Hartz-IV-Entlastung mehr zu holen als ihnen zustehe, um andere Finanzlöcher zu stopfen. Der Kreis solle dabei mit deutlich geringeren Überweisungen vom Land kalkulieren als zu erwarten sei. Allein beim Wohngeld soll es dort um Unterschiede in Höhe von 36 Millionen Euro gehen. Rossmann: „Zu diesen Differenzen muss jetzt von der Landesregierung eine klare Aussagen erfolgen, damit die Kommunen wissen, woran sie wirklich sind.“